

BR/GT I/57 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

Singer

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG EINES
EUROPAEISCHEN PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 11 September 1970
BR/GT I/57/70

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS
UEBER EIN EUROPAEISCHES
PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel 2, 20a, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28,
28a, 29, 133, 134, 171, 206 und 207

(vom Redaktionsausschuss überarbeitete Fassung)

Artikel 2

Europäisches Patent

(1) unverändert (wie im Ersten Vorentwurf eines
Uebereinkommens - 1970)

(2) Das Europäische Patent hat in jedem Vertragsstaat, für
den es erteilt worden ist, dieselbe Wirkung und unterliegt den-
selben Bestimmungen wie ein in diesem Staat erteiltes nationales
Patent, soweit sich aus diesem Uebereinkommen nichts anderes
ergibt.

Artikel 20a neu (23)

Laufzeit des europäischen Patents

(1) Die Laufzeit des europäischen Patents beträgt 20 Jahre, gerechnet vom Tage der Anmeldung an; im Falle eines europäischen Zusatzpatents wird die Laufzeit vom Tage der Anmeldung des Hauptpatents an gerechnet.

(2) Absatz 1 lässt jedoch das Recht eines Vertragsstaates unberührt, die Laufzeit eines europäischen Patents im Kriegsfall oder in einer ähnlichen Krisenlage dieses Staates zu den gleichen Bedingungen zu verlängern, die für die Laufzeit der nationalen Patente dieses Staates gelten.

KAPITEL V

DIE PATENTANMELDUNG ALS GEGENSTAND DES VERMOEGENS

Artikel 22 (24a)

Einheit der europäischen Patentanmeldung

(1) Die europäische Patentanmeldung kann für einen oder mehrere der benannten Staaten übertragen werden oder Gegenstand von Rechten sein. Eine Uebertragung beeinträchtigt jedoch in keinem Fall die Einheit der Anmeldung im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt. Die Rechtsinhaber in den verschiedenen Staaten gelten für dieses Verfahren als gemeinsame Anmelder.

(2) Sofern eine Gruppe von Vertragsstaaten von der Ermächtigung in Artikel 8 Gebrauch macht, kann sie vorschreiben, dass die europäische Patentanmeldung, soweit für sie diese Vertragsstaaten benannt sind, nur für alle diese Vertragsstaaten und nur nach den Bestimmungen des besonderen Uebereinkommens übertragen, belastet und Zwangsvollstreckungsmassnahmen unterworfen werden kann.

Artikel 23

Uebertragung der europäischen Patentanmeldung

unverändert (wie im Ersten Vorentwurf eines
Uebereinkommens - 1970)

Artikel 24 (26)

Verpfändung der europäischen Patentanmeldung

Artikel 25 (27)

Sonstige dingliche Rechte an der europäischen Patentanmeldung

Artikel 26 (28)

Zwangsvollstreckung in die europäische Patentanmeldung

Artikel 27 (28a)

Fortwirkung der Rechte an einer europäischen Patentanmeldung

- entfallen -

Artikel 28 (29)

Vertragliche Lizenzen an einer europäischen Patentanmeldung

Eine europäische Patentanmeldung kann Gegenstand von Lizenzen für alle oder einen Teil der Gebiete der benannten Vertragsstaaten sein.

Artikel 28a

Eintragung von Lizenzen und anderen Rechten
an der europäischen Patentanmeldung
in das europäische Patentregister

Artikel 23 Absätze 2 und 3 findet auf die Erteilung oder den
Uebergang einer Lizenz sowie auf die Begründung oder den Uebergang
eines dinglichen Rechtes an einer europäischen Patentanmeldung und
auf die Zwangsvollstreckung in eine solche Anmeldung Anwendung.

Artikel 29 (30)

Ergänzende Anwendung des nationalen Rechts
bei Rechtsgeschäften

(1) Soweit nicht dieses Abkommen selbst eine unmittelbare Regelung für Rechtsgeschäfte über europäische Patentanmeldungen enthält, ist das nationale Recht anzuwenden, auf das dieses Abkommen verweist. Fehlt eine solche Verweisung, so ist das Recht anzuwenden, das die Parteien vereinbart haben oder, wenn es sich um ein einseitiges Rechtsgeschäft handelt, das Recht, das derjenige, der dieses Rechtsgeschäft vorgenommen hat, bezeichnet. Ist das anwendbare Recht nicht vereinbart oder bezeichnet worden oder kann eine solche Vereinbarung oder Bezeichnung nach dem Recht des angerufenen Gerichts nicht wirksam getroffen werden, so bestimmt sich das anwendbare Recht nach den Regeln des internationalen Privatrechts, die im Staat des angerufenen Gerichts gelten.

(2) Soweit das internationale Privatrecht auf die *lex rei sitae* verweist, ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Gebiet der Anmelder seinen Wohnsitz oder Sitz hat. Hat der Anmelder weder Wohnsitz noch Sitz im Gebiet der Vertragsstaaten, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Gebiet der nach Artikel 172 bestellte Vertreter seinen Geschäftssitz hat. Ist kein Vertreter bestellt, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat.

Anmerkung:

Es wird später zu prüfen sein, ob es erforderlich ist, auch für den Fall der Zwangsvollstreckung in eine europäische Patentanmeldung das anwendbare nationale Recht zu bestimmen.

SIEBENTER TEIL

NICHTIGKEIT DES EUROPÄISCHEN PATENTS

Artikel 133 neu (127)

Nichtigkeitsgründe

(1) Vorbehaltlich Artikel 134 kann auf Grund von Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates das europäische Patent mit Wirkung für das Hoheitsgebiet dieses Staates nur für nichtig erklärt werden,

- a) wenn der Gegenstand des Patents nach den Artikeln 9 bis 14 nicht patentfähig ist;
- b) wenn das europäische Patent die Erfindung nicht so deutlich und vollständig offenbart, dass ein Fachmann sie danach ausführen kann;
- c) wenn der Gegenstand des Patents weiter ist als der Inhalt der eingereichten europäischen Patentanmeldung;
- d) wenn der Schutzbereich des Patents im Einspruchsverfahren entgegen Artikel 104 erweitert worden ist.

(2) Treffen die Nichtigkeitsgründe auf ein Patent nur teilweise zu, so wird die Nichtigkeit durch entsprechende Beschränkung dieses Patents erklärt. Wenn es die nationalen Rechtsvorschriften zulassen, kann die Beschränkung in Form einer Aenderung der Ansprüche, der Beschreibung oder der Zeichnungen erfolgen.

Artikel 131 neu

Aeltere nationale Rechte

Ist in einem Vertragsstaat ein nationales Patent oder eine nationale Patentanmeldung der Oeffentlichkeit an oder nach dem Prioritätsdatum eines europäischen Patents zugänglich gemacht worden und hat das nationale Patent oder die nationale Patentanmeldung ein früheres Prioritätsdatum als das europäische Patent, so wird das europäische Patent in diesem Vertragsstaat hinsichtlich des älteren nationalen Rechts wie ein nationales Patent behandelt.

KAPITEL IV

VERTRETUNG

Artikel 171

Berufsmässiger Vertreter

(1) Vorbehaltlich Absatz 5 kann die Vertretung natürlicher und juristischer Personen in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt nur durch natürliche Personen wahrgenommen werden, die in eine beim Europäischen Patentamt geführte Liste eingetragen sind.

(2) In die Liste kann jede Person eingetragen werden, die ihren Geschäftssitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten hat und die gemäss einer Bescheinigung der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz dieses Vertragsstaates befugt ist, die berufsmässige Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor dieser Behörde auszuüben. Die Eintragung erfolgt auf Grund eines Antrags, dem die oben genannte Bescheinigung beizufügen ist, aus der sich der Umfang der Vertretungsbefugnis ergeben muss.

(3) Unterliegt in einem Vertragsstaat die Vertretungsbefugnis nicht dem Erfordernis einer besonderen beruflichen Befähigung, so müssen die Antragsteller die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz dieses Staates mindestens fünf Jahre lang regelmässig ausgeübt haben. Die Voraussetzung der Berufsausübung ist jedoch nicht für Personen erforderlich, deren berufliche Befähigung, natürliche oder juristische Personen auf dem Gebiet des Patentrechts vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines der Vertragsstaaten zu vertreten, nach den Vorschriften

zu Artikel 171

dieses Staates amtlich festgestellt worden ist. Aus der Bescheinigung nach Absatz 2 muss sich ergeben, dass der Antragssteller eine der vorstehenden Voraussetzungen erfüllt.

(4) Die Vertreter, die in die Liste nach Absatz 1 eingetragen sind, dürfen vor dem Europäischen Patentamt die Vertretung nur in dem Umfang wahrnehmen, in dem sie gemäss der Bescheinigung nach Absatz 2 die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts in dem Vertragsstaat wahrnehmen können, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben.

(5) Die Vertretung vor dem Europäischen Patentamt kann auch von jedem Rechtsanwalt, der in einem der Vertragsstaaten zugelassen ist und seinen Geschäftssitz in diesem Staat hat, in dem Umfang wahrgenommen werden, in dem er in diesem Staat die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts ausüben kann.

Anmerkungen zu Artikel 171:

1. Der Staat, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat, muss rechtzeitig die erforderlichen Massnahmen treffen, damit Vertreter, die Staatsangehörige eines anderen Vertragsstaates sind, in dem Staat, in dem das Amt seinen Sitz hat, einen Geschäftssitz haben können.

Die Arbeitsgruppe wird noch eine entsprechende Bestimmung ausarbeiten, die in das Uebereinkommen aufzunehmen ist.

2. Dieser Artikel wird erneut geprüft werden, wenn die Stellungnahme der interessierten Kreise vorliegt.

ZWOELFTER TEIL

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 206

Entsprechende Anwendung auf nationale Gebrauchsmuster

- entfällt -

Europäische Patentanmeldung als älteres nationales Recht

Eine europäische Patentanmeldung, die an oder nach dem Prioritätstag einer nationalen Patentanmeldung veröffentlicht wird, aber einen früheren Prioritätstag hat, wird in jedem Vertragsstaat, der in der veröffentlichten europäischen Patentanmeldung benannt worden ist, im Verhältnis zu dieser nationalen Patentanmeldung oder dem darauf erteilten Patent wie eine nationale Patentanmeldung behandelt, die auf einer früheren Anmeldung beruht.
